

Nürnberg | 17. August 2022

AGABY unterstützt die Forderung des Bayerischen Flüchtlingsrats nach einem Spurwechsel

Zur Erlangung eines Bleiberechts sind Geflüchtete häufig gezwungen, zuerst freiwillig aus- und dann wieder nach Deutschland einzureisen. Unter dem Deckmantel dieses Euphemismus verbirgt sich ein bürokratischer Akt, der vonseiten der bayerischen Behörden als annehmbare Alternative zur Abschiebung und als Gnadenakt dargestellt wird. Stattdessen fordert der Bayerische Flüchtlingsrat einen unbürokratischen „Spurwechsel“. Damit könnten Geflüchtete ein Bleiberecht zur Aufnahme einer Ausbildung, qualifizierten Beschäftigung oder aus familiären Gründen erhalten. AGABY unterstützt die Forderung nach Ermöglichung eines Spurwechsels.

Der Flüchtlingsrat kritisiert die Verfahrensweise der erzwungenen Aus- und Wiedereinreise durch die lokalen Ausländerbehörden und des bayerischen Innenministeriums als „unsinnig“ und „Integrationshindernis“ und belegt die Kritik mit drei exemplarischen Fallbeispielen aus Aschaffenburg, Bamberg und Nürnberg.

„Asylsuchende aus formalen Gründen aufzufordern, erst aus- und wieder einzureisen, um hierbleiben zu können, ist eine rein administrative Verfahrensweise, die viel Angst, Stress sowie Kosten verursacht. Und zudem eine immense Belastung für die betroffenen Geflüchteten selbst und die Behörden darstellt. Wir erwarten, dass die bayerische Staatsregierung auf diese unvernünftige Praxis verzichtet. Stattdessen muss im Interesse der Gesellschaft, der betroffenen geflüchteten Menschen und Familien als auch der Wirtschaft eine humanitäre Regelung eines sogenannten „Spurwechsels“ ermöglicht werden“ so Mitra Sharifi, Vorsitzende der AGABY.

Weiterführende Informationen finden Sie unter: <https://www.fluechtlingsrat-bayern.de/freiwillige-aus-und-wiedereinreise-buerokratischer-wahnsinn-wider-jede-vernunft/>.